

1 **Schwalm-Eder zukunftsfit machen! – Lasst es uns anpacken!**

2 **Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

3 auf den folgenden Seiten möchten wir Ihnen die Inhalte und Ziele der FDP Schwalm-
4 Eder zur Kommunalwahl vorstellen. Wir möchten Ihnen Ideen aufzeigen, wie wir die
5 zukünftige Entwicklung unseres schönen Landkreises aktiv mitgestalten wollen. Im
6 Mittelpunkt unserer Politik stehen Sie als Bürgerinnen und Bürger des Schwalm-
7 Eder-Kreises.

8 Vorab präsentieren wir eine kurze Leistungsbilanz der FDP-Kreistagsfraktion seit
9 dem Jahr 2011. Für Sie im Kreistag aktiv waren: Wiebke Reich (Neukirchen), Renate
10 Schütz (Wabern), Dr. Ortwin Sprenger (Gilsberg), Nils Weigand (Melsungen). In
11 dieser Legislaturperiode haben wir insgesamt 11 Anfragen, 9 Anträge, 6 Berichts-
12 anträge, 3 Dringlichkeitsanträge, 2 Resolutionsantrag und 3 gemeinsame Anträge
13 mit anderen Fraktionen gestellt.

14 Überwiegend haben wir uns dabei dem Thema Infrastruktur im ländlichen Raum
15 gewidmet. Ein neuer Schwerpunkt unserer Arbeit wird die Integration von
16 Flüchtlingen und Zuwanderern werden. Aufgrund der weltweiten Krise werden wir
17 im Schwalm-Eder-Kreis in Zukunft eine größere Zahl von ausländischen Bürgerinnen
18 und Bürger integrieren müssen. Daher gilt es, gemeinsam mit den Kommunen, eine
19 Antwort zu finden. Viel Spaß beim Lesen der folgenden Seiten wünschen

20
21
22
23 Ihre
24 Wiebke Reich



25 Vorsitzende FDP-Kreistagsfraktion



Ihr
Nils Weigand

Vorsitzender FDP Schwalm-Eder

26 **Die zentralen Politikfelder der Freien Demokraten im Schwalm-Eder-Kreis sind:**

- 27 1. Bildung
- 28 2. Kommunalfinanzen
- 29 3. Wirtschaft, Infrastruktur, Energie
- 30 4. Ländlicher Raum und Mobilität
- 31 5. Integration von Flüchtlingen
- 32 6. Bürgerbeteiligung und interkommunale Zusammenarbeit
- 33 7. Zukünftiges Leben in der Gemeinde

34

35

36

1. Bildung

37

Bildung ist für Freie Demokraten zentrales Bürgerrecht und hat für uns oberste
38 Priorität. In der Bildungspolitik sehen Freie Demokraten einen Schlüssel für mehr
39 Chancengerechtigkeit, denn jedes Kind hat unabhängig von seiner Herkunft und
40 seinen Voraussetzungen das Recht auf ein bestmögliches Bildungsangebot.

41

Zentraler Ort für bestmögliche Bildungsangebote ist die Gemeinde. Dies bedeutet,
42 dass die FDP insgesamt ein bedarfsgerechtes Angebot von Kindertagesstätten und
43 privaten Plätzen unter Berücksichtigung einer umfassenden Kooperation zwischen
44 privaten, betrieblichen, kommunalen und kirchlichen Trägern erhalten möchte. Die
45 Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche sollen weiter ausgebaut werden, um
46 eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erlangen. Die Schulen sollen alle
47 auf einen modernen Stand gebracht werden. In Zukunft gilt es, Investitionstau und
48 marode Schulgebäude zu verhindern. Als freiwillige Angebote sollten musische,
49 sportliche und kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen gefördert werden.

50

51

52

53 **2. Kommunalfinanzen**

54 Die Freien Demokraten sehen die Selbständigkeit der kommunalen Selbstverwaltung
55 als unabdingbare Voraussetzung eines funktionierenden Staatswesens an. Dabei müs-
56 sen Landkreise, Städte und Gemeinden auch auf staatlicher Ebene eine angemessene
57 finanzielle Ausstattung erhalten. Die für die Pflichtaufgaben notwendigen finanziellen
58 Mittel müssen vom Bund und Land zur Verfügung gestellt werden. Es kann nicht mehr
59 sein, dass von Seiten des Bundes oder des Landes weitere Aufgaben, wie z. B. flächen-
60 deckende Betreuung von Kleinkindern, auf die Kommunen übertragen werden ohne
61 ausreichende finanzielle Unterstützung. Bei zukünftigen Haushaltsüberschüssen des
62 Landkreises - die zu erwarten sind - sollen diese Gelder in die Reduzierung der Schul-
63 denlast investiert werden. Ein verantwortungsbewusster Umgang mit den knappen
64 Kommunalfinanzen im Interesse der zukünftigen Generationen steht im Mittelpunkt
65 unserer Politik. Die FDP Schwalm-Eder lehnt Bagatelsteuern ab, da der Aufwand
66 höher ist als die Einnahmen.

67

68

69 **3. Wirtschaft, Infrastruktur, Energie**

70 Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und die Ansiedlung von
71 wettbewerbsfähigen Unternehmen ist die Schaffung von guten Rahmenbedingungen
72 in der Infrastruktur. Durch die Gründung der Gesellschaft Breitband Nordhessen
73 GmbH wurden die Voraussetzungen für den Ausbau der notwendigen Breitband-
74 versorgung geschaffen. Unternehmen und die Einwohner unseres Landkreises
75 benötigen an sämtlichen Standorten kreisweit einen leistungsfähigen und schnellen
76 Internetanschluss.

77 Darüber hinaus ist eine angemessene Verkehrsinfrastruktur in unserem Flächenkreis
78 zwingend notwendig. Wenn die Arbeitsplätze nicht mehr im Dorf sind, müssen die
79 Menschen auf ordentlichen Straßen zur Arbeit fahren können. Sanierung der Orts-

80 und Landesstraßen haben Vorrang. Aber auch neue Ortsumgehungen, insbesondere
81 im Zuge von Landesstraßen sind zwingend erforderlich. Eine Ortsumgehung ist
82 Umweltschutz für die Menschen, deren Schutz häufig vernachlässigt wird. Leider ist
83 auch der Weiterbau der A 49 durch die schwarz grüne Koalition verzögert worden.
84 Die Freien Demokraten sind die einzige Partei in Hessen und im Schwalm-Eder-Kreis,
85 die ohne Wenn und Aber für den Weiterbau eintreten.

86 Die Fehlentwicklung der Energiewende auf kommunaler Ebene darf nicht wiederholt
87 werden. Im Mittelpunkt der Energiewende muss die Sicherung und Bezahlbarkeit
88 der Energieversorgung stehen. Bei Projekten wie Windparks oder Ausbau von Strom-
89 leitungen soll die Bevölkerung frühzeitig über die Planung informiert und mit einbe-
90 zogen werden. Eine Energiewende gegen die Bevölkerung wird nicht umsetzbar sein.
91 Die Erdverkabelung soll dort, wo dies möglich ist zur Erhöhung der Lebensqualität
92 im Schwalm Eder Kreis Vorrang haben. Die FDP fordert, dass die Ausweisung von
93 Vorrangflächen für Windenergieanlagen erst nach der Kommunalwahl erfolgt.

94

95 **4. Ländlicher Raum und Mobilität**

96 Das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr im ländlichen Raum ist unzu-
97 reichend und bedarf einer grundlegenden Änderung. Zunehmendes Alter und immer
98 weniger Menschen in den Dörfern führen nicht zu mehr Fahrgästen, sondern zu
99 Bussen mit immer weniger Fahrgästen. Die Wege zu Ärzten sind zu weit, Haus-
100 arztpraxen und Dorfläden sind geschlossen, Supermärkte in Nachbarorten sind mit
101 Bussen in vertretbarer Zeit nicht zu erreichen. Ein Teufelskreis, der Jüngere vertreibt
102 und Bevölkerungswachstum im ländlichen Raum unmöglich macht.

103 Die FDP wird im Kreistag Initiativen ergreifen, um insbesondere für kleine Ortsteile
104 und Dörfer „Landtaxis“ einzusetzen. Diese „Landtaxis“ sollen unabhängig von einem
105 Busfahrplan zum Preis der gegenwärtigen Busfahrpreise einen individuellen Transport
106 zu anderen Ortsteilen, der Kerngemeinde und zur Kreisstadt ermöglichen.

107 **5. Integration von Flüchtlingen**

108 Die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen stellt Kreise, Städte und Gemein-
109 den vor große Herausforderungen. Land und Bund sind aufgefordert, ihren Pflichten
110 nachzukommen und die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten vollständig
111 zu übernehmen. Noch größer ist die Aufgabe, Flüchtlinge dauerhaft zu integrieren.
112 Hier gilt es, in allen Kommunen Flüchtlingen die deutsche Sprache zu vermitteln, Kin-
113 der und Jugendliche in das jeweilige Betreuungs- und Bildungssystem zu integrieren
114 und Zugänge zum örtlichen Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu schaffen. Die Freien
115 Demokraten setzen sich dafür ein, Hemmnisse - soweit vorhanden - abzubauen,
116 erwarten aber im Gegenzug auch Integrationsbereitschaft von den Flüchtlingen.

117 Über die Verwaltung muss eine Verzahnung zur Integration zwischen Kindergärten,
118 Schulen, Vereinen und Gewerbetreibenden hergestellt werden. Unabdingbare
119 Voraussetzung für die erfolgreiche Integration ist eine Sprachförderung und das
120 Erlernen der deutschen Sprache. Nur bei funktionierender Kommunikationsfähigkeit
121 können Flüchtlinge im Erwerbsleben integriert werden. Ein Arbeitsplatz ist
122 notwendiger Bestandteil einer gelungenen Integration.

123
124 **6. Bürgerbeteiligung und interkommunale Zusammenarbeit**

125 Die Freien Demokraten wollen einen unkomplizierten Staat, der es seinen Bürgern so
126 einfach wie möglich macht und der ihnen Freiräume schafft für ihr selbstbestimmtes
127 Leben und ihren bürgerschaftlichen Einsatz für die Gesellschaft. Er soll sie nicht mit
128 unnötiger Bürokratie bevormunden. Gerade den Kommunen kommt dabei große
129 Bedeutung zu, denn viele Behördenkontakte haben die Bürger mit kommunalen
130 Verwaltungen. Diese müssen sich deshalb kontinuierlich modernisieren und an den
131 Bedürfnissen der Bürger orientieren, die jeweils aktuellsten Möglichkeiten der
132 elektronischen Kommunikation nutzen und Abläufe immer wieder auf ihre Effizienz

133 überprüfen. Eine moderne Verwaltung kann besonders schlank sein und gleichzeitig
134Genehmigungsverfahren und Bearbeitungszeiten verkürzen. Entbürokratisierung auf
135allen politischen Ebenen ist für die Freien Demokraten eine Daueraufgabe.

136Liberaler Kommunalpolitik setzt auf Bürgerbeteiligung. Je früher Bürger in wichtige
137Entscheidungen eingebunden werden, desto besser. Das ermöglicht auch rechtzeitige
138Korrekturen und eine größere Akzeptanz von Vorhaben. Die Freien Demokraten
139wollen, dass die Transparenz der Kommunalpolitik durch den Einsatz von modernen
140Kommunikationsmedien verbessert wird. Sehr wichtig ist es, dass möglichst viele
141Bürger ihr Wissen und Engagement in die kommunalen Beratungsgremien und die
142Arbeit der Trägervereine von Einrichtungen einbringen. Ausschuss- und Beirats-
143sitzungen mit Bürgerfragestunde und regelmäßige Bürgerversammlungen sollten zur
144Selbstverständlichkeit werden. Öffentlich behandelt werden sollte in den Gremien
145alles, was gesetzlich erlaubt ist. Das erhöht die Kontrolle, die Begrenzung der Macht
146und die am Gemeinwohl orientierte Rechenschaftspflicht politischer Repräsentanten.
147Diesen Prinzipien sieht sich liberale Kommunalpolitik als Selbstorganisation verant-
148wortungsbewusster Bürger besonders verpflichtet. Bürgerbegehren und Bürgerent-
149scheidung sehen Freie Demokraten sehr positiv.

150Politik vor Ort trägt Verantwortung für eine gute kommunale Daseinsvorsorge. Das
151heißt aber nicht, dass die Kommune die Dienstleistungen selbst erbringen muss. Im
152Gegenteil: Durch privatwirtschaftliches Engagement im Wettbewerb lässt sich dies
153unter Umständen effizienter organisieren. Die wirtschaftliche Tätigkeit von Städten,
154Gemeinden und Kreisen muss sich auf die Bereiche beschränken, in denen die er-
155forderlichen Dienstleistungen nicht von privaten Anbietern mindestens gleichwertig
156oder sogar besser und preiswerter erbracht werden. Manche wollen derzeit das Rad
157der Entstaatlichung in der Kommunalwirtschaft zurückdrehen. Die Freien Demokraten
158nicht! Grundsätzlich gilt für Freie Demokraten: Mehr Privat, weniger Staat - das ist gut
159für alle, wenn die Leistungen vergleichbar sind und der Wettbewerb stimmt.

160 Außerdem müssen die Chancen der interkommunalen Zusammenarbeit genutzt und
161 ausgebaut werden. Es gibt bereits viele positive Beispiele, wo Kommunen Verwal-
162 tungsaufgaben zusammengelegt haben. Dieser sinnvolle Schritt muss weiter gegang-
163 en werden. Ziel ist es, Verwaltungsverbände zwischen mehreren Gemeinden zu
164 schaffen, um eine Professionalisierung der Verwaltung zu erreichen. Zur
165 Bürgerfreundlichkeit soll es in jeder Gemeinde ein Bürgerbüro mit attraktiven
166 Öffnungszeiten geben, damit vor Ort die Möglichkeit besteht, die jeweiligen
167 Verwaltungskontakte im direkten Gespräch wahrzunehmen.
168

169 **7. Zukünftiges Leben in der Gemeinde**

170 Das tägliche Leben im Schwalm-Eder-Kreis spielt sich für uns alle in der jeweiligen
171 Gemeinde ab. Die kulturellen, sportlichen, wirtschaftlichen und sozialen Angebote
172 in der Gemeinde entscheiden wesentlich über die Lebensqualität vor Ort. Junge
173 Familien werden sich nur dort ansiedeln, wo entsprechende Angebote vorhanden
174 sind. Die Freien Demokraten setzen sich für den Erhalt der Vereins- und
175 Sportförderungen ein.

176 Dieses freiwillige Angebot der Kommunen ist für die FDP ein unverzichtbares An-
177 gebot. Investitionen in Kultur- und Sportangebote sind echte Zukunftsinvestitionen.
178 Von Seiten der Kommunen gilt es, die entsprechenden Einrichtungen wie Sportplätze,
179 Sporthallen, Mehrzweckhallen und Schwimmbäder zur Verfügung zu stellen. Ein
180 funktionierendes Vereinsleben fördert die Identität mit der jeweiligen Gemeinschaft
181 vor Ort. Auch gilt es, ein vernünftiges Zusammenleben der verschiedenen Genera-
182 tionen durch Schaffung entsprechender Angebote zu fördern, z. B. durch die Ein-
183 richtung von Mehrgenerationenhäusern. Jede Generation kann von der anderen
184 wichtige Inhalte und Elemente erlernen.

185 Ein weiterer sehr wichtiger Bestandteil eines funktionierenden Gemeinwohls ist die
186 notwendige ärztliche Versorgung. Ziel der Freien Demokraten ist es, in jeder der 27
187 Gemeinden des Schwalm-Eder-Kreises eine wohnortnahe ärztliche Versorgung zu
188 gewährleisten. Dazu müssen entsprechende Anreize zur Ansiedlung von nieder-
189 gelassenen Ärzten geschaffen werden. Auch die Errichtung von kommunalen
190 Medizinischen Versorgungszentren sollte vorurteilsfrei geprüft werden. Ärzte-
191 häuser wie in Melsungen, Fritzlar und Homberg sind sinnvolle Einrichtungen und
192 Unterstützens wert. Auch unkonventionelle Wege dürfen nicht von vornherein
193 ausgeschlossen werden, um die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicher-
194 zustellen. Die ausreichende ärztliche Versorgung im ländlichen Raum ist für alle
195 Generationen notwendig, um ein lebenswertes Umfeld zu bekommen.

196
197 **Dialog:** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
198 Sie hatten nun Gelegenheit unsere Vorstellungen zur Kommunalwahl 2016
199 kennenzulernen. Wir möchten gern hierüber mit Ihnen in den Dialog eintreten.
200 Wenn Sie Anregungen geben möchten oder Ihre Meinung zu unserem
201 Wahlprogramm äußern wollen, freuen wir uns. Schreiben oder mailen Sie uns
202 Ihre Auffassung. Es gibt nichts, was man nicht noch besser machen könnte!
203 Helfen Sie uns, damit wir **gemeinsam mit Ihnen für Sie Kommunalpolitik**
204 erfolgreich gestalten.

Wollen für die FDP in den Kreistag.
v. I. Holger Jütte, Renate Schütz, Dr.
Ortwin Sprenger, Wiebke Reich, Dieter
Posch, Nils Weigand, Ulrich Manthei,
Reinhold Hocke, Manfred Emde.

